

Pressemitteilung vom 19.09.2023

Erster Jahreskongress der Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) in Berlin fand ein überwältigendes Interesse: Mehr als 150 Gäste aus ganz Deutschland diskutierten über den Antiziganismus in unserer Gesellschaft

Die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) lud zu ihrem ersten Jahreskongress in die Urania Berlin ein, und mehr als 150 Gäste aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, Aktivist_innen und Fachexpert_innen kamen, darunter Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Dr. Mehmet Daimagüler, Beauftragter der Bundesregierung gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Roma in Deutschland, und Ferda Atamann, unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung und Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Anlass war die Veröffentlichung des ersten Jahresberichts zu antiziganistischen Vorfällen in Deutschland 2022, der am Vortag in der Bundespressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt worden war.

Dr. Guillermo Ruiz Torres, Bundesgeschäftsführer von MIA, präsentierte gemeinsam mit Vertreter_innen der regionalen MIA-Meldestellen Bayern, Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen die Ergebnisse des ersten Jahres der systematischen Erfassung und Auswertung antiziganistischer Vorfälle: „Wir haben 621 Fälle im Jahr 2022 erfasst. Durch diese Erfassung machen wir die vielfältigen Dimensionen von Antiziganismus sichtbar, die für Betroffene alltäglich Realität sind. Wir tragen dazu bei, antiziganistische und diskriminierende Strukturen in unserer Gesellschaft zu bekämpfen und dadurch unsere Demokratie zu stärken. Das können wir nur erreichen, wenn die Förderung von MIA verstetigt wird und wenn die Länder regionale Meldestellen weiter fördern bzw. neue errichten“.

Dr. Mehmet Daimagüler sagte: "Ich glaube, dass sich antiziganistische Vorfälle natürlich quer durch alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ziehen. Ich glaube, dass sie alle bekämpft werden müssen. Aber sie müssen besonders bekämpft werden, wenn sie in staatlichen Institutionen vorkommen. Der Rassismus auf der Straße ist schlimm. Der Rassismus auf Behördengängen ist nicht akzeptabel."

Doreen Denstädt, Ministerin für Migration, Justiz und Verbraucherschutz und Beauftragte gegen Antiziganismus und für das Leben der Sinti und Sintizze sowie Roma und Romnja in Thüringen, betonte: „Sowohl in institutionellen als auch in gesellschaftlichen Kontexten lässt sich eine hohe Kontinuität von antiziganistischen Denk- und Handlungsmustern erkennen. Schon vermeintlich unschuldigen oder unbewussten Tradierungen stereotyper Darstellungen von Sinti:ze und Rom:nja ist entgegenzutreten. Weil sie Menschen verletzen. Und weil sie denjenigen Kräften in die Karten spielen, die unter Rückgriff auf überkommene Ressentiments ihre Menschenverachtung verbreiten.“

Siehe dazu auch die Pressemitteilung zum Jahresbericht vom 18.09.2023: [LINK](#)

Der Jahresbericht kann hier online abgerufen werden: [LINK](#)

Für Rück- und Interviewanfragen wenden Sie sich bitte an: presse@mia-bund.de

Tel.: 01796632963

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages